

dienstes und für die Abschaffung der Gewissensprüfung für Zivildienstler aus und forderten die Ausweitung von Stellenangeboten für Zivildienstler; andererseits wurde eine Resolution abgelehnt die sich gegen eine vierwöchige Grundausbildung der Zivildienstler und damit gegen die Eingliederung in den Wehrdienst wendete.

Es ist dennoch zu hoffen, daß die SPÖ mit ihrem Vorhaben eines stärkeren Friedensengagementes ernst macht: Die Gründung des steirischen Komitees "Sozialisten gegen Abfangjäger", die Gemeinderatsbeschlüsse in Spielberg, Fohnsdorf, Zeltweg und Stadl-Paura und die Beschlüsse der Jugendorganisationen, aber auch Parteiorganisationen auf der unteren Ebene und auch der Landesparteitage in Oberösterreich und Tirol geben berechtigten Anlaß.



kaufen will. Diese sind in der modernen Waffentechnologie genauso sinnlose Instrumente geworden wie Panzerwaffen. Sie belasten nur den Staatshaushalt."



Fritz Prechtel, Vorsitzender der Eisenbahnergewerkschaft, auf der Protestversammlung in Linz.



„In Zeiten der Not und in einer Welt, wo Regierungen vom Sparsprechen, sollen Abfangjäger angeschafft werden. Es ist für jeden normal denkenden Menschen nicht verständlich, daß man einerseits vom Sparsprechen spricht und andererseits Abfangjäger für Österreich an-

KRANICH - Splitter

39. UNO-Vollversammlung

Auf der erst vor kurzem tagenden 39. UNO-Vollversammlung haben die Delegierten der UdSSR und anderer sozialistischer Staaten einen Resolutionsentwurf vorgestellt, der auch die Österreicher/innen interessieren sollte.

Vorgeschlagen wird darin ein internationales Abkommensgarantieren soll, daß Länder die sich nicht im Besitz von Kernwaffen befinden und auf deren Territorium auch keine solchen stationiert sind, in Zukunft nicht mehr atomar bedroht werden dürfen und das gegen diese Länder schon gar nicht mit derartigen Waffensystemen vorgegangen werden darf.

Einen gleichlautenden Vorschlag hat am 2. März dieses Jahres bereits Konstantin Tschernenko vorgetragen, damals mit

dem Zusatz "...den Status der bereits geschaffenen kernwaffenfreien Zonen zu achten und die Schaffung von neuen kernwaffenfreien Zonen in verschiedenen Regionen zu fördern." Eigenen Aussagen zufolge hat die UdSSR diese Verpflichtung bereits einseitig übernommen, während davon ausgegangen werden muß, daß von Seiten der NATO immer noch zum Beispiel österreichische Ziele für den "Tag X" vorprogrammiert sind.

Wieder einmal gibt es einen Vorschlag und eine Vorleistung von sowjetischer Seite; auf die Reaktion der NATO, besonders der USA, darf man gespannt sein. Daß eine derartige Resolution auch von österreichischer Seite unterstützungswürdig ist, sollte wohl keine Frage sein.